

# Wöchentliches Anzeiger und Anzeiger

für Teuchern



und Anzeiger

Verlagspreis: Die Jahrgangspostkarte 2.— M., Restbetrag 4 50 M.

Verlagsannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Götterstraße 10, 66 Teuchern vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: 12.— M. von unseiner Posten 13.00 M. Einzel-Numm. 110 M.

Wiederholte und monatliche Bezüge werden an der Geschäftsstelle, Götterstraße 10, auch durch Postämter, gegen Aufschlag von 20% bezogen. Rückstellungen angenommen.

Antikliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 82

Sonnabend, den 15. Juli 1922.

61. Jahrgang

## Was gibt es Neues?

— Wegen der neuerlich ausgebrochenen Krise wird der Reichspräsident voraussichtlich nach Berlin zurückkehren.

— Auf die deutsche Reparationsnote wird die Reparationskommission voraussichtlich eine nachlässige Antwort erteilen.

— Die Reichsamminderer sollen sich einer neuen Werbung zufolge dem Gang zugeben haben.

— Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Meißner, befindet sich auf dem Wege nach Deutschland.

— Der russische Botschafter für das Ausland, Dr. Schöckel, ist von seiner Exil-Exilierung nach Berlin zurückgekehrt.

— Der Reichshofkommissar richtet an alle Kostenverbraucher die dringende Mahnung, sich mit Auslandskredit zu beschäftigen.

— Die Lohnstreikigkeiten im Ruhrkohlengebiet sind beendet worden.

— In Buedorf bei Bächen erlegte sich eine neue Minenexplosion.

## Die letzte Woche.

Seit Monaten fanden wir so oft in Tagen der Entscheidung. Und wenn es dann so weit war, daß der letzte Zweifel gelöst und die Zukunft festgelegt erschien, dann tauchten wiederum neue Fragen auf, die noch zu beantworten waren, und oftmals Entschuldigungen forderten. Es war wieder keine Entscheidung gemacht, was geschehen, die das Schicksal des Reiches für die nächsten Wochen festlegte. Zwischen den einander folgenden Ereignissen doch mehr und mehr vereint, der Augenblick ist näher gekommen, wo uns ein Satz gegeben werden muß, wenn wir nicht in die Tiefe fähren sollen.

Gegen den Abbruch des Bürgerkrieges soll diesen Fall das Gesetz über den Schutz der Deutschen in Rußland im Juli 1922 in Kraft getreten sein. Bayern und Württemberg und die bürgerlichen Parteien hatten die Haltung als einseitig, die sozialistischen Parteien als nicht weitgehend genug bemängelt. Und in der Erweiterung um die Lebensfrage Deutschlands herbeizuführen, die auch die Weimarer Verfassung, obwohl hier die Einigkeit und die Verständigung Selbstverständlichkeit ist. Es dauerten auch die Beschlüsse fort, der Reichsregierung eine breitere Grundlage zu geben, und der Gedanke an Demobilisierung machte sich immer härter geltend, wenn dies nicht gelingen sollte. Dann lautete die Parole wieder von der letzten Woche bis zum Herbst. Die Parteien, die das Schicksal des Reiches in der am Mittwoch in dieser Abendstunde abgehandelten zweiten Lesung erhalten hat, hat indessen die Gewerkschaften auf ihre Forderungen nach Umwidmung der Regierung und Verschärfung des Schutzgesetzes erheben lassen, so daß die Krise, die für den Augenblick schon überwunden schien, in voller Schärfe vorbesteht.

Denn die kurze Zeit, die seit dem unheilvollen Sommertage, an dem Mathison ermordet wurde, verstrichen ist, ist uns politisch wie finanziell teuer genug zu stehen gekommen. Die politischen Parteien haben das Vertrauen zu uns und unseren Kredit weiter geschwächt, der Aufstieg des Dollars bis zur gemeinsamen Höhe von fast 500 führte die Reichsmark in schwindende Tiefen. Die Reichsregierung hat in einer soeben veröffentlichten Note um eine Erhöhung für die Mitte Juli fällige Reparationsrate erwirren müssen, eine Bitte, deren Berechtigung unter den heutigen Verhältnissen auch bei der Entente nicht verkannt wird. Es handelt sich jetzt nur noch um die Bedingungen für diese neue Erhöhung.

Das deutsche Oberparlament ist jetzt wieder vollständig von unseren Truppen besetzt. Wünschen wir, daß ein verlässliches Aufblauen dort Platz greift, und die Verbindung mit unseren Bundesleuten im entfernten Gebiet doch nach Möglichkeit aufrecht erhalten bleibt.

## Reichsregierung und Gewerkschaften.

Die neue Krise.

Die neuerdings von den Gewerkschaften erhobene Forderung nach dem Eintritt unabhängiger Sozialisten in die Reichsregierung hat der Reichsregierung veranlaßt, daß ein verlässliches Aufblauen dort Platz greift, und die Verbindung mit unseren Bundesleuten im entfernten Gebiet doch nach Möglichkeit aufrecht erhalten bleibt.

Mitteilungen haben die demokratischen Führer der Reichsregierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihre Forderung nach der auf dem Standpunkte beharrt, eine demokratische Partei kann sich ganz abgeben von dem Inhalt der Forderungen — dem Grunde der Gewerkschaften als einer außerparlamentarischen Art zu sein. In Zentrumskreisen lehnt man eine Einwirkung der Gewerkschaften auf die Bildung der Reichsregierung ebenfalls entschieden ab. Im allgemeinen neigt man in parlamentarischen Kreisen der Auffassung zu, als ob es sich bei den Forderungen der Gewerkschaften mehr um einen bluff handle, um auf die Abstimmung über das Schutzgesetz einen Druck auszuüben. Die Gefahr einer Reichstagsauflösung, die zwar noch immer nicht ganz gebannt ist, erscheint hiermit doch nicht als so unmittelbar drohend, wie man vielfach aus der Würdigung des Reichspräsidenten schließen könnte.

## Eine Geheißnote?

Zu der allgemeinen Regierungskrise gestellt sich noch eine Krise im Reichswehrministerium. Es sollen bereits Besprechungen wegen Neuabgabe dieses Ministeriums stattgefunden haben. Als ausschließlichen Anwärter nennt man den hiesigen Kommandanten der Berliner Schutzpolizei, Oberst Kauffisch. Dem jetzigen Amtsinhaber, Reichswehrminister Dr. Geßler, wird von den Linksparteien eine antirepublikanische Haltung anlässlich einer Regimentsfeier in Danern vorgeworfen, weshalb eine Neuabgabe nötig wäre.

## Die deutsche Moratoriumsnote.

Stundungsantrag bis 1924.

Die vom Vorsitzenden der Kriegskassenkommission der Reparationskommission überreichte Note der Reichsregierung liegt jetzt im Wortlaut vor. In der Note heißt es u. a.: Die deutsche Regierung sieht sich deshalb auferfordert, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die weitere Leistung von Verzinsungen auf Grund der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 in Aussicht zu stellen. Die deutsche Regierung stellt dabei im Hinblick auf Artikel 234 des Vertrages von Versailles den Antrag, ihr die nach der genannten Entscheidung während des Jahres 1922 noch fällig werdenden Verzinsungen zu fründen.

## Die Zinllast.

Was den am 15. Juli fälligen Betrag angeht, so vermindert sich dieser um mindestens 17 Millionen Goldmark, welche Deutschland im Hinblick auf fällige Leistungen anzurechnen sind. Den Restbetrag von etwa 33 Millionen hat die deutsche Regierung zwar zur Verfügung, weil sie in den vergangenen Monaten gewisse Aufkäufe von Devisen hat bewirken können, und weil im Monat Juli nach dem Stand der Abrechnung eine Zahlung für das Ausgabeverfahren nicht zu bewirken ist. Der genannte Betrag würde der deutschen Regierung aber fehlen und sie müßte ihn sich zu den heutigen Kursen einkaufen, sobald sie die in den nächsten Monaten eintreffenden ausländischen Getreidemengen zu bezahlen hat.

## Die Zahlungen für 1923 und 1924.

Die deutsche Regierung ist sich nicht im Zweifel darüber, daß zur Wiederherstellung des Markkurses alsbaldige Maßnahmen erforderlich sind, die über das Jahr 1922 hinausreichen, und sie hält es daher für unerlässlich, daß Deutschland auch für die Jahre 1923 und 1924 von Zahlungen aus dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 befreit wird. Die Entwidlung des Markkurses in der letzten Zeit, die mit der Vertagung der Verhandlungen des Anleihekomitees begonnen hat, macht eine alsbaldige vorläufige Regelung der Zahlungen notwendig, da die Unterlegung durch eine andere Anleihe nicht eingerechnet ist. Die deutsche Regierung bietet daher, über ihren Stundungsantrag mit größter Regelmäßigkeit Entscheidung zu treffen, und sie hofft, daß eine solche Entscheidung der Wiederabnahme der Anleiheverhandlungen förderlich sein wird.

## Eine ergänzende Note.

In der Note ist ferner zum Ausdruck gebracht worden, daß eine Abregelung aller Reparationsleistungen nicht ausreichend ist, die notwendige Entlastung auf dem Devisenmarkt zu bringen; es müßte vielmehr auch für die sonstigen Zahlungen aus dem Friedensvertrag, wie z. B. die Verpflichtungen aus dem Clearingverfahren, eine andere Regelung getroffen werden. Da für diese sonstigen Zahlungen die Reparationskommission nicht zuständig ist, und im Hinblick auf die Moratoriumsnote eine ergänzende Note an die beteiligten Regierungen gerichtet werden.

## Provisorische Antwort der Entente.

Die Reparationskommission wird aller Voraussicht nach die Abwendung einer provisorischen Antwort beschließen. Der französische Vorsitzende der Kommissi-

on, Dubois, ist damit betraut worden, den Text einer provisorischen Antwort aufzusetzen. Es soll darin mitgeteilt werden, daß der endgültige Bescheid vor dem 15. August erfolgen werde.

## Der zunehmende Kohlemangel.

Eine Folge des Ausbruchs von Beresin. Infolge der Abtrennung Polnisch-Oberschlesiens und des geglückten Förderrückganges an der Ruhr hat sich die inländische Steinkohlenerzeugung bedauerlicherweise vermindert, daß allen Veräußerern in der Industrie, im Gewerbe und im Gausstand im eigenen Interesse dringender geraten werden muß, sich soviel wie möglich mit ausländischer Kohle einzudecken, soweit nicht durch andere einheimische Brennstoffe, insbesondere die reichlich zur Verfügung stehende Hobkrautkohle oder durch auf diese Kohle geschaffenen werden kann. Im Hinblick auf diese Notlage bleibt die einseitige Anhebung der Kohle bis 31. März 1923 von der Kohlensteuer befreit.

Der Reichshofkommissar wird ungehindert künftig solche Gebiete, die günstig für Einfuhr ausländischer Kohle liegen, geringer mit inländischer Kohle beliefern lassen müssen.

## Einigung im Ruhrgebiet.

Die Verhandlungen über die Streitfragen im Mandatland des Ruhrkohlengebietes unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums haben zu einer vollen Verständigung geführt. Die getroffenen Vereinbarungen bedürfen noch der endgültigen Zustimmung der beiderseitigen Verbände, die bis Sonnabend zu erwarten ist.

## Deutsches Reich.

den 14. Juli 1922.

Ein kommunistisches Ultimatum in Saablen. Die kommunistische Fraktion in Saablen hat in Verbindung mit dem Landesverband der Partei an die Mehrheitsfraktionen und die Unabhängigen eine Art Ultimatum gerichtet. Die Kommunisten fordern die Anerkennung und Anerkennung der Kontrollausschüsse, Auflösung des Landtages und Reichstages, sofortige Einberufung eines Reichsärzteskongresses für Saablen, Beschaffung der Waffen der Kriegsverweigerer, Verbindung von Kommunisten in Staatsstellen, sofortige Annahme der kommunistischen Immunitätsanträge u. a. mehr. In 24 Stunden sollten die sozialistischen Parteien eine verbindende Erklärung abgeben. Obwohl eine solche Erklärung nicht erfolgt war, stimmten die Kommunisten im Landtag sowohl dem Aufsatz, wie dem Polizeitakt zu.

Gegen die Handhabung der Preisen in Thüringen hat der Verein Deutscher Zeitungverleger des Reiches Mitteldeutschland und der Reichsverband der Deutschen Presse, Landesverband Saablen, Thüringen und Anhalt einen Protest an die Thüringische Staatsregierung gerichtet. Die genannten Verbände wenden sich ferner energisch gegen den Beschluß der Thüringischen Staatsregierung einer gleichmäßigen Einführung der Schreibweise bürgerlicher Blätter, wie das in Ostsaablen versucht wurde, und fordern Schutzmaßnahmen vor Gewalttätigkeiten, wie sie in Saablen und Ostsaablen vorgekommen sind, wo Redakteure und Herausgeber an Leib und Leben bedroht und Eigentum von Zeitungsnachforschungen beschlagnahmt wurden.

Botschafter Weidfeldt kommt nach Berlin. Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Weidfeldt, der mit dem Dampfer „Melrose“ nach Deutschland reist, sagte, er verlaßt Amerika demnächst Obgleich er bisher und werde im September nach Amerika zurückkehren. Die Vertagung Weidfeldts nach Berlin steht mit der Frage der Heidenzusage des Auswärtigen Amtes in Zusammenhang.

Die Besätze der Entente-Offiziere in der Reparationskommission. Für die Monate Juni und Juli hat die Finanzkommission der Reparationskommission die Besätze der Mitglieder der Internationalen Kontrollkommission neu geregelt. Es erhalten: der Vorsitzende General monatlich 102 800 M., hat 71 950 M., sonstige Generale, Oberen und Oberoffiziere 76 477 M., hat 53 025 M., Majore in Stellen als Abteilungsleiter 54 625 M., hat 37 875 M., sonstige Majore 49 175 M., hat 34 100 M., Hauptleute, Leutnants und Unterleutnants 46 425 M., hat 32 000 M., Unteroffiziere 25 250 M., hat 17 500 M., Gemeine 15 300 M., hat 10 600 M. In diesen Besätzen tritt noch die Lösung hinzu, so daß beispielsweise der Gesamtbesatz eines Kommandierenden Generals soviel beträgt, wie die Gesamtsumme aller deutschen Reichsminister zusammen.

Reichsärzliche Vollmachten für den Ententebevollmächtigten in Wiesbaden. Die Internationalisierte Rheinlandkommission hat nach Mitteilung des Reichsministeriums für die besetzten rheinischen Gebiete mit Bülzins vom



**Hannburg.** (General von Kochl f.) Am Sonntag früh verstarb in seinem 69. Lebensjahre einer unfruchtbarsten Malaria, der General der Artillerie Maximilian von Kochl. Er wohnte, seit seinem Abschied aus dem Dienst, seit dem Jahre 1911, hier in Hamburg, wo er während des Krieges häufig als begüterter und ansehnlicher Rentner in der Öffentlichkeit erschien.

**Waisenf. (Waisenkinder.)** Vorige Woche führten abends zwei Herren und eine junge Dame in einer Gondel auf der Saale. In der Nähe des Wands, das sie besichtigten, stürzte die Dame ins Wasser. Der Hilfschiffner Wilhelm Brückmann war gongefährdend in der Nähe. Er springt ins Wasser und rettete vor den Augen der beiden jungen Männer die Vermunglichte vom Tode des Ertrinkens.

**Begau.** (Ain Vogelschießen) Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse ist die Schützen-Gesellschaft von Begau beabsichtigt, das diesjährige Schützenfest ausfallen zu lassen.

**Obstler.** 1. Juli, 12. Juli. In Obstler wurde ein Mann namens Fenschelow, der seine Frau mit dem Tode bedrohte, von Obdachlosen verhaftet. Fenschelow blieb aber aus dem Gefängnis aus. Als ihn die Polizei wieder einfing, und ihn über den Marktplatz führte, rief er: „Hörte ich keine Menge zusammen und erwiderte durch Drohungen beim Bürgermeister, daß er den Reichsteil freigeht und die Dammten veranlassen, sich zurückzuziehen.“ Gestern hatte sich Fenschelow jedoch wieder der Behörde gestellt und dann in Gefängnis einen Selbstmordversuch gemacht.

**Immern.** Zur Bekämpfung der Wohnungsnot in hiesiger Stadt hat man sich mit der Häuserbau-Aktion-Gesellschaft Berlin in Verbindung gesetzt zwecks Errichtung von 30 Wohnungen zu einem Herstellungspreis von 10 000 000 Mark. Die Gesellschaft erbaut nicht nur, sondern besorgt auch gleichzeitig die erforderlichen Baugelder. Der Gemeinderat hat einen Vertrag mit der Allgemeinen Häuserbau-Aktion-Gesellschaft abgeschlossen unter der Bedingung, daß der Auszahlungssatz nicht unter 94, die Verzinsung der Baugelder nicht über 6 Prozent und die Proportion nicht über 11 Prozent betragen darf.

**Wartenau.** 12. Juli. Infolge eines starken Sturms sind alle Keller überschwemmt und die Straßen zum Teil außerirden.

**Zaubach.** 12. Juli. Durch einen Föhnwindstoß gegen den See wurde der einzige Sohn des Landwirts Gottschalk getötet.

**Robles.** Das Dorf Müll wurde am Sonntag durch einen Wirbelsturm fast völlig vernichtet. Mehr als 150 Häuser sind ihrer Dächer beraubt, vielfach sind auch die Mauern eingestürzt. Hunderte von Männern in den nahen Wäldern wurden entwirrt. Die gelamte Einwohnerschaft ist obdachlos. Auch in den Orten Solchowitz, Ribach und Streuburg wurde schwerer Schaden angerichtet.

**Berlin.** (Ain W. f.) aus Saargründe hat in letzter Nacht eine Gruppe von 60 kennefarbigen Schwämmen einen Ueberfall auf ein französisches Postamt unternommen. Bei dem sich entwickelnden Feuerkampf wurden zwei französische Polizeibeamte schwer verletzt. Zur Hilfe gerannte Polizei verfolgte die Schwämme und nahm zehn von ihnen fest.

**Hamburg.** 14. Juli. Der Oberreichsanwalt hat von den 24 durch die Polizei festgenommenen Angehörigen der Organisation O acht wieder in Freiheit setzen lassen.

**Einbach.** 13. Juli. (Zur Steuerung der Wohnungsnot.) Die Stadtvorordneten nahmen ein Diebstahlgesetz für die Dauer von 3 Jahren an, nach welchem die Erbauung von gewerblichen Häusern davon abhängig gemacht wird, daß für Verfertigung von 10 Kubikmeter Zwietschraum mindestens ein Kubikmeter Wohnraum mit erbaut wird. Damit hofft man die hier herrschende Wohnungsnot zu mildern.

**Erntefeste.** Inzwischen für Äner ergeben sich in der Ende August beginnenden Weizenperiode. Infolge des trockenen Frühjahrs sind die Äcker sehr hart und die Ähren erscheinen vielfach schon beinahe ausgenähten. Von der bevorstehenden Jahresjagd lauten die Berichte dagegen trübe. Der strenge Winter, der sich bis weit in den Frühling hineinzog, hat einen großen Schaden angerichtet. Es wird also kaum viel zu holen sein.

**Die Warnung vor Giftgasern** wird von den zuständigen Stellen immer bestimmter ausgesprochen, denn es verfährt nicht nur die schon bemerkbar gewordene Giftgasneppheit, sondern steigert damit auch die Preis. Jeder gewalttätige Eingriff in die natürliche Entwicklung ist von Unheil. Seitdem das Wort „Giftgasern“ in den letzten Kriegsjahren aufkam, war nichts Gutes mit ihm verbunden. Was nun wo auch Gehör fand, immer hatte das ganze Volk den Schaden. Daß heute mancher befürchtet, es müsse sich bald ein wirtschaftlicher Wandel zeigen, ist erklärlich, aber er kann durchaus andere Konsequenzen ziehen, als das Geld zu verdienen.

**Allerlei aus aller Welt.**

**Ein Attentat wegen Wirtschaftlichkeit.** Der Vorbesitzer des Grundstücks Allersdorf bei Wandersburg an d. Warthe, Arn, verurteilte wegen Wirtschaftlichkeit einen Anschlag auf den ehemaligen Reichsrat, Wirtschaftler Fritz v. Wittwitz, einem Vater des aus dem Rapp-Buch bekannten Generala. Arn, der aus seiner Wohnung ausziehen sollte, jagt mit einer Doppelpistole auf Wittwitz und verletzete ihn. Der Schütze wurde verhaftet, erklärte aber sofort, daß er den Reichsrat töten wollte, wenn er feiglos sei.

**Wichtige Schikerei zwischen Arbeitern und „Stachelschwärzern.“** Die Stachelschwärzerei (Lindenburen) wurde bei ihrem Sommerfest von Arbeiterturnen überfallen. Es kam zu einer heftigen Schikerei, wobei es zahlreiche Verwundete gab.

**Wahlweise der Spielzeit in Deutschland?** Nach einer Statistik hat Deutschland im letzten Jahre rund 45 Millionen Kartenpieler verbracht. Davon gingen mehr als 3 Millionen ins Ausland, doppelt soviel als im Vorjahre. Der inländische Verbrauch hat dagegen gegen das Vorjahr um eine Million Spiele abgenommen.

**Ein interessanter Mammutfund.** Bei Demningen im Saargebiet wurden gewaltige Reste eines Steppenmammut gefunden und nach Strassburg gebracht.

Dieses wissenschaftliche Tier besaß zwei Stoßzähne von einmahl Metern Länge und Fußhaken von fast einem Meter Höhe.

**Die deutschen Luftschiffe die besten.** In Deutschland sind, wie der „Chicago Tribune“ gemeldet wird, augenblicklich mehrere Luftschiffe, darunter zwei Zeppelin im Bau, die als Ersatz für die englischen Luftschiffe „R. 39“ und „37“ dienen sollen. Man glaubt, daß die Luftschiffe nach ihrer Vollendung von einem französischen Syndikat übernommen werden, um eine Luftlinie zwischen London-Baris-Madrid-Moskoo einzurichten. Der Luftschiffbau überläßt der „Evening News“ berichtet, die englische Regierung sei mit den englischen Luftschiffen unzufrieden und ziehe die deutschen Modelle vor.

**Das Eisenbahnunfall in Südpolen bei Ralencia,** wo ein Schnellzug und ein Personenzug auf einandertrafen, hat, soweit bis jetzt bekannt geworden ist, 40 Menschen das Leben gekostet. Dabei ist damit zu rechnen, daß noch mehrere der zahlreichen Schwerverletzten nicht mehr aufkommen werden.

**Explosion im Minendepot Groden.**

Dienstag nachmittag um 3 Uhr hat sich im Minendepot Groden bei Gutzleben eine gewaltige Explosion ereignet. Es lagen mehrere Schuppen und Deposits in die Luft. Im Gutzleben selbst wurde eine große Anzahl von Fensterheben durch die Gewalt der Detonation eingedrückt, der Wagnmann bei Groden wurde ebenfalls beschädigt. Unter die Ursache der Explosion sind noch Gutzleben wauer zunächst festgestellt werden. Anwohner im Gutzleben waren zunächst durch Rauchschwaden und Gerüche in die Höhe gebracht. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf dreißig geschätzt. Zur Zeit des Unglücks waren ungefähr 200 Arbeiter im Depot anwesend.

**Eine neue furchtbare Mineurexplosion.** Während noch die Öffentlichkeit unter dem Eindruck der Explosionskatastrophe in Groden bei Gutzleben steht, trifft die Meldung von einem neuen Explosionsunglück ein, dem ebenfalls Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Donnerstag vormittag explodierte in den Fabrikanlagen der Gesellschaft zur Verwertung von Heeresgütern in Zwickau bei Wüthen eine Anzahl Minen, die das ganze Gebäude zerstörten. Es sind neun Tote und zehn Verletzte zu beklagen. Der entstandene Sachschaden trifft allein die Verwertungsgesellschaft, die Ursache der Explosion ist noch nicht aufgeklärt.

Das Explosionsunglück in Groden hat, was den Verlust an Menschenleben betrifft, sich nicht so schwer gestaltet, als befürchtet wurde. Der amtliche Bericht gibt zum 1. Tote und sieben Schwerverletzte an. Allerdings ist eine Anzahl Personen durch umherfliegende Glasplitter und fallenden Mauerwerk verletzt worden. Bei der ersten Explosion, die außerordentlich heftig war, waren die Anwohner sofort aus den Häusern gestürzt in der Befürchtung, daß weitere Explosionsfolgen folgen würden, was dann auch der Fall war. Aus diesen Gründen sind bei den später folgenden Einstürzen verschiedener Häuser keine weiteren Unglücksfälle eingetreten. Die Eisenbahnverbindung ist inzwischen wieder hergestellt worden, die Fernsprechverbindungen mit Gutzleben sind jedoch noch nicht wieder in Gange.

**Wollenbruch in Marienbad.** Der böhmische Badeort Marienbad wurde in einer der letzten Nächte von einem schweren, mehrstündigen Unwetter heimgesucht. Nach einem heftigen Gewitter folgte heftiger Hagelschlag und dann ein Wollenbruch, der ganze Straßen überflutete. Das Unwetter hat großen Sachschaden angerichtet.

**Lothar v. Nitzschow f.** Freitag wurde der bekannte Pour-le-Merite-Flieger Lothar Freiherr von Nitzschow in der Familienruhm in Schneidwitz beigesetzt. Nitzschow war bekanntlich ein fähiger Bruder anderer erfolgreichere, früh gestorbener Jagdflieger Marquard von Nitzschow. Auch Lothar hatte im Weltkrieg als Jagdflieger große Erfolge aufzuweisen. Auch er, den der Krieg verfehlt hatte, erlitt in jungen Jahren den Hlgerod. Er führte ein Weisflugzeug der Deutschen Luftreederei, mit dem er vor mehreren Tagen auf dem Flughafen bei Flugplatz abfliegen. Er stieß vor Flugort seine Maschine. Die Flugschiffkategorie f. r. n. d. r. e. und der Flindirektor Blum, wurden schwer verletzt. Sie sind voranschicklich noch längere Zeit ärztlicher Pflege bedürftig.

**Peft und Cholera in Griechenland.** Gegen die Einschleppung von Pest und Cholera, die in Griechenland herrschen, verläßt die serbische Regierung an der Grenzstation Genußfrange Dancaninneeinweisung. Alle aus Griechenland kommenden Reisenden müssen sich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Während dieser Zeit werden ihre Effekten gründlich desinfiziert. Die Untersuchung dauert vorläufig 24 Stunden, jedoch steht eine längere Quarantänzeit in Aussicht.

**Neue Erhöhung der Eisenbahnrate.** Die Berliner Zeitungen erfahren, sollen die Personentaxen der Reichsbahnen ab 1. Oktober durchweg um 50 Prozent erhöht werden. Nähere Bestimmungen dieser Nachricht liegen noch nicht vor.

**Streik in der Handelsmarine.** Durch einen Streik der Ingenieure, Maschinenisten und Besatze der Handelsmarine der im Saargebiet ausging und sich auf die Abfahrt deutscher Schiffe ausdehnte, ruht seit mehreren Tagen fast der gesamte deutsche Seeverkehr. Kein deutscher Dampfer kann den Hafen verlassen.

**Der Stand der Markt.** Es folgten noch den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	13. 7.	12. 7.	1914
100 holländische Gulden	16529	17178	167.- 2/2
100 belgische Franken	100	100	100.-
100 bänische Kronen	9318	9563	112.- "
100 spanische Kronen	11186	12485	112.- "
100 italienische Lire	1935	2024	80.- "
100 spanische Pfund	439	446	20.- "
100 französische Franken	3640	3640	80.- "
100 schweizerische Franken	8559	8559	80.- "
100 tschechische Kronen	808	1023	80.- "

**Eingesandt.**  
Die Schriftleitung übernimmt für Artikel unter dieser Rubrik lediglich die redaktionelle Verantwortung.

**„Nie-wieder-Krieg-Demonstration 1922.“** Die Dreiergruppe Berlin vom „Bund der Friedensfreunde“ übermittelte an den Reichstag folgende Aufforderung mit der Bitte um öffentl. Bekanntgabe: Der vom Jahre 1921 her noch bestehende Aktions-Ausschuss „Nie wieder Krieg“ hat für dieses Jahr internationale wichtige Kundgebungen in fast allen Staaten der Welt vereinbart. Am 4. August d. J. steht der Jahrestag von Ausbruch des systematischen Völkermordens zum 8. Male wieder. Kreise und hohe Persönlichkeiten aus allen Schichten des Volkes haben sich voriges Jahr in dankbarer Weise dieser guten Sache zur Verfügung gestellt und dies Jahr wieder. Man soll aber dieses Jahr die „Nie-wieder-Krieg-Demonstration“ nicht die Angelegenheit von Parteiprogrammen sein, sondern eine Menscheitliche für das gesamte Volk. Der internationale Charakter der hiesigen Kundgebung ist bis jetzt auch ungenügend. Man wollen auch wir in Kreisen und Umgebungen nicht hinstreichen. Die Gewerke Konferenz erhebt mit einem großen Fragezeichen, und die Arbeitergruppen lassen auf allen Seiten neuen Mut. Volksgesunden aller Kreise von weit rechts bis weit links befindet Euren Ansehen vor dem Beschluß eines jeden Krieges. Alle Einwohner ohne Rücksicht auf die politische Einstellung sind hierdurch aufgefordert am Sonntag den 30. Juli die Demonstration „Nie wieder Krieg“ zu einer wichtigen Arbeit durchzuführen. Im Interesse der guten Sache bitten wir die städtischen Behörden und Schulleitung die Lehrer mit den Klassen geschlossen teilnehmen zu lassen. Wir bitten die Vertreter aller Vereine jeder Art, des Männer-Vereins, Sportler, Jungmänner, politischer Parteien, Gewerkschaften, Beamten-Vereinigung, Verbände, Schulen von Kreisen und Umgebungen sich jeweils Beipredigung. „Wie soll die Sache vor sich gehen“ am Sonntag, den 16. Juli 1922 vorm. 10 Uhr im Vereinszimmer Gräber-Damm einfinden. Näheres wird noch bekannt gegeben. G. C. Fr. S. N. der Ortsgruppe „Freie Arbeiter Union, Kreutzberg“, angegliedert der „Internationaler Antimilitaristischer Vereinigung.“

**Hofel zum Löwen.**  
Sonntag, den 16. Juli  
von 4 Uhr an in den  
unferen Räumen  
**Künstlerkonzert.**

Samstag, den 16. Juli nachm. 1 Uhr verkaufte ich gegen Barzahlung meinen reichlichen Pflanzenanhang.

**G. Ritter, Ködlnitz.**

**Obsterkauf der Gemeinde Zschandorf**  
am Montag, den 17. Juli 1922 abends 6 1/2 Uhr im Schloß Zschandorf. Bedingungen im Termin.  
Der Gemeindevorsteher. Wahn.

Das Betreten der Wege und Grundstücke in der Feldflur Ritzegut Teuchern u. Vorwerk Lagnitz ist verboten.

**Gutsverwaltung, Ritzegut Teuchern.**

**Photogr. Atelier E. Meiner, Teuchern.**  
Täglich geöffnet.  
Porträts, Familien-, Vereins- und Hochzeitsgruppen, Landschaften, Industrielle, Heim-Schul- u. Momentaufnahmen jeder Art. (Sport). Vergesseneren, schwarz und farbig, auch nach alten Bildern, sowie Karten aus dem Felde Broschen u. Anhänger etc.  
Eigene Vergrößerungs-Anstalt.

**F. R. Seiser, Teuchern, Bahnst. 5.**  
**Malereien aller Art, Tapezieren, Linoleumlegen, Buchstaben in Holz, Metall, Glas, Steinholz, Fussboden.**

**Ein Kleinknecht**  
für sofort gesucht  
Zehlsold, Oberwerfchen.

Die Bezeichnung gegen Frau Anna Fiedisch nehme ich als unmaßig und bereue nicht.  
A. W. Diebe.

**Ein Hund**  
verkauft  
Probierstr. 12, Hinterhaus.  
**Ansichtskarten**  
empfiehlt D. Hieserens

Auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnungen zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 habe ich den **Verband national gekannter Soldaten G. B.** mit allen seinen Landesverbänden, Bezirks- und Ortsgruppen heute aufgelöst.

Berlin, den 30. Juni 1922.  
Der Minister des Innern. gez. Seevering.

Auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 habe ich sämtliche in Preußen bestehenden Gruppen des **Deutsches Volkischen Jugend- und Truppbundes (Fitz Hamburg)** heute aufgelöst.

Berlin, den 1. Juli 1922.  
Der Minister des Innern. gez. Seevering.

Auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 habe ich den **Bund der Aufrechten mit allen seinen Landesverbänden, Bezirks- und Ortsgruppen** heute aufgelöst.

Berlin, den 1. Juli 1922.  
Der Minister des Innern. gez. Seevering.

Veröffentlicht.  
Weizenfels, den 11. Juli 1922

**Der Landrat.**

Auf Grund des § 9 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsangel vom 23. September 1918 (R. G. Bl. S. 1145 ff.) in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Mai 1920 (R. G. Bl. S. 949 ff.) ordne ich mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums für den Umfang des Reichsgebietes an, daß die Inanspruchnahme von Wohnungen, die zur Unterbringung von Angehörigen und Arbeitern eines bestimmten gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betriebs errichtet oder vor dem 1. Juli 1921 zu diesem Zwecke von dem Inhaber des Betriebs als Eigentum erworben oder gemietet und tatsächlich benutzt sind, solange der Betrieb besteht und die Wohnungen tatsächlich dem angegebenen Zwecke dienen, nur zur Unterbringung von Arbeitern und Angehörigen des betreffenden Betriebs zulässig ist. Gemäß der Anordnung vom 2. November 1920 — II. 6. Nr. 5774 — Reichsanzeiger Nr. 271 — unterliegen die nach dem 29. November 1920 fertiggestellten Neubauten vorstehender Anordnung nicht. Die Anordnung vom 1. September 1920 — II. 6. Nr. 8670 — wird hiermit aufgehoben.

Berlin, den 2. Juli 1922.  
Der Minister für Volkswohlfahrt.  
J. W. Scheidt.

**Wohnungsbau - Abgabe.**

Durch das Reichsgesetz vom 6. März ds. Js. (R. G. Bl. S. 235) ist die Wohnungsbauabgabe von 5 v. H. auf 25 v. H. des **Nettoverwertes** der Gebäude erhöht worden. Die kommunalen Zuschläge betragen 100% der staatlichen Abgabe, d. h. ebenfalls 25 v. H., jedoch insgesamt 50 v. H. des Nettoverwertes jährlich zur Zahlung kommen.

Die im Rechnungsjahre 1922 auf den einzelnen Gebäudeseigentümer entfallende Abgabensumme ist vom Montag, den 17. bis Sonnabend den 22. Juli ds. Js. in der bei der Stadtkasse ausliegenden Heftliste zu ersehen.

Die Einhebung der Beträge für 1. und 2. Quartal erfolgt in der Zeit der Auslieferung, 17.-22. Juli 1922.)

Leuznern, den 14. Juli 1922.

Der Magistrat.

Mit Rücksicht auf den Obstand wird das Fahren des Sommerroges nach **Trebnitz** mit Ausnahme des Ausreitens, verboten.

Zusichernde werden bestraft.

Leuznern, den 10. Juli 1922.

Der Magistrat. Schillen.

**Gasthof Schortau.**

Sonntag, den 16. Juli

**gr. Tanzmusik**

Es ladet freundlichst ein der Wirt.

Anfang 7 Uhr.

**Bund deutscher Radfahrer**

Sonntag, den 16. Juli

**Ausfahrt nach Klosterlausitz.**

Abfahrt früh 8 Uhr vom Markt.

Kaufe nur noch diesen Monat

Wein-, Bortentel-, Cognat-

Sekt-, Halbe- und Literflaschen

H. Birnbach, Weizenfels a. S.,

Einkaufsstelle: S. Sarwinsky, Leuznern.

**Reines**

Terpentinöl verbunden mit den edelsten Wachsen, das ist

Schuhputz **Nigrin**

mit Garantie-Stanioblatt.



**Bürgerverein für städtische Interessen.**  
Montag, den 17. Juli abends 8 Uhr  
**Versammlung**

Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich. Gäste können eingeführt werden.  
Der Vorstand.



**Hotel zum Löwen.**

Sonntag, den 16. 7. 1922

**grosser Ball**

Anfang 6 Uhr.

Um gütigen Zuspruch bittet  
Fr. Wentzke.

**Grüner Baum, Leuznern**

Sonntag, den 16. Juli 1922

**Hausball**

Anfang 5 Uhr.

Im Garten bei schöner Witterung von 4 Uhr ab **Unterhaltungsmusik.**

**Große Volksbelustigungen.**

Zufschaukel — Karnell — Gau den Lukas — Glücksrad.

Zufschaukel auch Freitag und Sonnabend in Betrieb.

Hierzu laden freundlichst ein die Schankeller, der Wirt.

**Lichtspiele Gasthof Gröben.**

Bringe Sonntag, den 16. Juli wieder eins der größten Filmwerke am Platz.



**Die Geächteten**

(Der Rivalmord)

Ein gewaltiges Drama in 7 Akten,

mit gutem Reiprogramm.

Ein raffisches Volksstück aus der Vergangenheit nach wahrer Begebenheit. Schreckliche Götter des Grauens tun sich in schonungsloser, wahrheitsgetreuer Natürlichkeit auf, und furchtbare Szenen, des durch den Rivalmord irre gewordenen Volkes erlebt man. Es ist von Interesse dieses Wert zu sehen.

Nachmittag 2 1/2 Uhr Jugendvorstellung

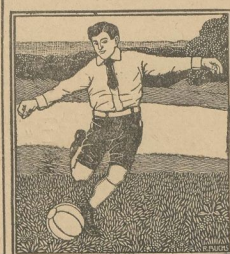
Abends 7 1/2 Uhr für Erwachsene.

Um zahlreichen Besuch bittet der Besitzer.

**Unterwerschen.**

**Vogelschiessen**

findet Sonntag, den 30. Juli statt. G. Schme.



**Sportplatz „Erlen“.**

Sonntag, den 16. Juli von 3-1/2 bis 11 Uhr

**erstklassiges Propaganda-Fußballwettbewerb**

Lucha 1. — Leuznern 1.

11-12 Uhr	Lucha 3d.	—	Spielvereinigung 3d.
12-1/2 Uhr	" 2.	—	" 3.
1/2-2 Uhr	" 2.	—	" 2.
3-1/2 Uhr	" 1.	—	" 1.

Der Spielerschuss.

**Kalbfleisch**

empfeht Kurt Säun. Brauner Jagd- und (Hühner) auf den Namen „Lotte“ während, entlaufnen. Eigen Belohnung abzugeben. Reußen i. Gr. Nr. 4.

**Restaurant Runtal.**

Zu meinem am Sonntag, den 16. Juli stattfindenden

**Vogelschiessen**

lade freundlichst ein Franz Hirsch. Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. ff. Eis.

**Speisefkartoffeln**

hat zentnerweise abzugeben. Getreidegeschäft G. Haender.

**Achtung!**

Infolge der immer höher steigenden Lebensmittel und Geschäftenkosten sind wir gezwungen unsere Bedienungspreise vom heutigen Tage ab zu erhöhen.

Die Preise sind in unseren Geschäften ausgehängt.

**Die Barbier und Friseure**

von Leuznern.

**Kirchliche Nachrichten**

am 5. Sonntag n. Tr. (16. 7. 22)

Kollekte für das Elfenbein in Reinstedt.

Leuzn. : Vormittag 10 Uhr.

Gröben : Vormittag 10 Uhr.

Dorfstr. Plagemann.

Unterwerschen : Vorm. 7/9 Uhr.

Fr. Weizmann.

**Kreisarbeitsnachweis**

Leuznern.

Gesucht werden:

- Knechte, Mägde, Abruam., Schmelzerarbeiter, Knapfbesitzer, Häuer, Förder, Zimmerleute, Maurer, 1 Schlosser, 1 Klempner, 1 Mädchen oder alleinstehende Frau, 2 Dreher, 1 Hofmotorführer, 1 Baggerführer für Wäbder Bagger und Voffabagger, 1 älterer Schlosser, 1 erfahrener Elektrikmonteur, 1 Maschinenführer auf feuerlose Wagnerslalomotoren über 2 1/2 Jahre alt, 1 älterer Schuhmacher, ältere Leute nach Breitfabrik Wählig.

**Mieterverein**

Leuznern u. Umg.

Sonntag, den 16. 7. 1922

abends 7 Uhr im Vereinszimmer

zum grünen Baum

Mitgl.-Versammlung.

Alle Erscheinen, wichtige Tagesordnung. Alle Mieter fordern wir zum Eintritt auf. (Beamte, Angestellte, Geschäftleute). Interessenten u. Mieter zwecks Neuaufnahme als Mitglied haben Zutritt.

J. A.: Kurt Franke, Vorsitzender.

**Unterwerffa.**

Einladung zum

**Vogelschießen**

Sonntag, den 16. und

Montag, den 17. Juli.

Um gütigen Zuspruch bitten

die Schützen, A. Hoffberg.

An beiden Tagen 8 u 11.

Sonntag Anfang 4 Uhr,

Montag 7 Uhr.

**Gesellschaft**

Asklepia.

Sonntag, den 16. Juli

nachm. 2 Uhr im Gasthof zum

grünen Baum

**Donaterversammlung**

Der wichtigen Tagesordnung halber ist es erwünscht, daß jedes Mitglied erhehmt, den Vorstand.

**Spielvereinigung**

Sonntagsabend 8 Uhr

Spielausschuss

und 7/9 Uhr

**Spielerklärung**

Erscheinen aller Ausschussmitglieder und der 8. Mannschaft erforderlich.

**Der Vorsitzende.**

Gesucht wird

zu möglichst sofortigem Austritt

für Büro in Betz

**jünger Mann**

oder

**Fräulein**

mit entsprechender Vorbildung.

Gesuche mit Gehaltsansprüchen

unter H E 1488 an

Ala Hasenstein & Wogler, Halle a. S.

**Ein groß. Spiegel**

(Ermang) mit Goniolo, und 3 mtr. Stoff zu Herrenanzug zu verkaufen. Probierstr. 1.

**Dank.**

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Söhnchens sagen wir allen unsern innigsten Dank. Maria Rogge Alexander Tutin nebst Eltern.

# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die Jahrgangspostkarte 2.— M., Postamtzettel 4 50 M.

Abonnementpreis in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10, 06 Teuchern vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Er erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: 12.— M. von unterm Boten und 13.00 M. Einzel-Numm. 110 M.

Wiederholte und monatliche Bezüge werden an der Geschäftsstelle, Poststraße 10, auch von außerhalb Teuchern angenommen.

Amtl. Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 82

Sonnabend, den 15. Juli 1922.

61. Jahrgang

## Was gibt es Neues?

— Wegen der neuerlich ausgetragenen Krise wird der Reichspräsident voraussichtlich nach Berlin zurückkehren.

— Auf die deutsche Reparationsnote wird die Reparationskommission hauptsächlich eine vorläufige Antwort erteilen.

— Die Reichsammern sollen sich einer neuen Ordnung zufolge dem Jahr zugeordnet haben.

— Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Meißner, befindet sich auf dem Wege nach Deutschland.

— Der russische Botschafter für Venedig, Dr. Schöner, ist von seiner Exilort-Exilierung nach Berlin zurückgekehrt.

— Der Reichsstaatsminister rücht an alle Reichsstaatsminister die dringende Mahnung, sich mit Auslandskrisen zu beschäftigen.

— Die Lohnverhältnisse im Ruhrkohlengebiet sind besetzt worden.

— In Buedorf bei Bächen ereignete sich eine neue Minenexplosion.

## Die letzte Woche.

Seit Monaten haben wir so oft in Tagen der Entscheidung. Und wenn es dann so weit war, daß der letzte Zweifel gelöst und die Zukunft festgelegt erschien, dann tauchten wiederum neue Fragen auf, die noch zu beantworten waren, und abermals Entscheidungen forderten. Es war wieder keine Entscheidung gewesen, wenigstens die erste, die die Entscheidung der Entscheidung der Entscheidung hatte sich unter den einander folgenden Ereignissen doch mehr und mehr vereinigt, der Augenblick ist näher gekommen, wo uns ein Satz gegeben werden muß, wenn wir nicht in die Tiefe fügen sollen.

Gegen den Abgrund des Bürgerkrieges soll diesen Fall das Gesetz über den Schutz der Deutschen in Ausland bilden, das in diesen Tagen im Reichstag zur zweiten Lesung gelangt ist. Bayern und Württemberg und die bürgerlichen Parteien hatten die Fassung als einseitig, die sozialistischen Parteien als nicht weitgehend genug bemängelt. Auch in der Erweiterung um die Lebensfrage Deutschlands herabsteigend also nach Meinungsverschiedenheit, obwohl hier die Einigkeit und die Verkündung Selbstverständlichkeit ist. Es dauerten auch die Versuche fort, der Reichsregierung eine breitere Grundlage zu geben, und der Gedanke an Neuwahlen machte sich immer stärker geltend, wenn dies nicht gelingen sollte. Dann lautete die Parole wieder Verkündung des letzten Wortes bis zum Herbst. Die Fassung, die das Schicksal des Reiches in der am Mittwoch in später Abendstunden abgelesenen zweiten Lesung erhalten hat, hat insofern die Gewerkschaften auch neue ihre Forderungen nach Umbildung der Regierung und Verkündung des Schutzgesetzes erheben lassen, so daß die Krise, die für den Augenblick schon überwunden schien, in voller Schärfe vorbesteht.

Denn die kurze Zeit, die seit dem unheilvollen Sommertage, an dem Mathyana ermorde wurde, verstrichen ist, ist uns politisch wie finanziell teuer genug zu stehen gekommen. Die politischen Wirren haben das Vertrauen zu uns und unseren Kredit weiter geschwächt, der Aufstieg des Dollars bis zur jetzigen Höhe von fast 550 Markte die Reichsregierung hat in einer jeden verständlichen Note um eine Erhöhung der Mittel Juli fällige Reparationsrate erwischen müssen, eine Hilfe, deren Verdichtung unter den heutigen Verhältnissen auch bei der Entente nicht vorzuzuziehen ist. Es handelt sich jetzt nur noch um die Bedingungen für diese neue Erhöhung.

Das deutsche Oberparlament ist jetzt wieder vollständig von unseren Truppen besetzt. Wünschen wir, daß ein verdrängtes Aufsehen dort Platz greift, und die Verbindung mit unseren Landsleuten im entfernten Gebiet doch nach Möglichkeit aufrecht erhalten bleibt.

## Reichsregierung und Gewerkschaften.

Die neue Krise.

Die neuerdings von den Gewerkschaften erhobene Forderung nach dem Eintritt unabhängiger Sozialisten in die Reichsregierung hat den Reichsminister veranlaßt, daß er den Reichspräsidenten das Ersuchen zu richten, daß er nochmals seine für in Freudenstadt unterbrechte, am nach Berlin zu kommen. Bis sich Dr. Brüch mit dem Reichspräsidenten verständigt hat, wird die Reichsregierung noch nicht zu der neuen Lage, die man als sehr ernst anzusehen, Stellung nehmen. Das hat der Reichsminister noch Mittwoch abends mit den Führern des Zentrum und der Demokraten, den Abgeordneten Dr. Beteren und Koch, Rücksprache genommen. Nach

Wittermeldungen haben die demokratischen Führer dem Reichsminister seinen Zweifel darüber gelassen, daß ihre Forderung nach wie vor auf dem Standpunkte beharrt, eine demokratische Partei könne sich — ganz abgesehen von dem Inhalt der Forderungen — dem Druck der Gewerkschaften als einer außerparlamentarischen Art nicht fügen. In Zentrumskreisen lehnt man eine Einwirkung der Gewerkschaften auf die Bildung der Reichsregierung ebenfalls entschieden ab. Im allgemeinen meint man in parlamentarischen Kreisen der Auffassung zu sein, als ob es sich bei den Forderungen der Gewerkschaften mehr um einen bluff handle, um auf die Verhinderung der das Schutzgesetz einen Druck auszuüben. Die Gefahr einer Reichstagsauflösung, die zwar noch immer nicht ganz gebannt ist, erscheint hiernach doch nicht als so unmittelbar drohend, wie man vielfach aus der Würdigung des Reichspräsidenten schließen könnte.

Eine Gewährleistung?



deutschen Regierung über stellen und sie müßte sich in den nächsten Monaten eintreffenden ausländischen Getreidemengen zu beziehen hat.

Die Zahlungen für 1923 und 1924. Die deutsche Regierung ist sich nicht im Zweifel darüber, daß zur Wiederherstellung des Marktkurses alsbaldige Maßnahmen erforderlich sind, die über das Jahr 1922 hinausreichen, und sie hält es daher für unerlässlich, daß Deutschland auch für die Jahre 1923 und 1924 von Zahlungen aus dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 befreit wird. Die Entlastung des Marktkurses in der letzten Zeit, die mit der Verkündung der Verhandlungen des Anleihekomitees begonnen hat, macht eine alsbaldige vorläufige Regelung der Zahlungen notwendig, da die Unterfertigung durch eine andere Anleihe nicht eingetrennt ist. Die deutsche Regierung bietet daher ihren Zahlungsplan mit größter Bestimmtheit Entschiedenheit zu treffen, und sie hofft, daß eine solche Entscheidung der Wiederherstellung der Anleiheverhandlungen förderlich sein wird.

Eine ergänzende Note.

In der Note ist ferner zum Ausdruck gebracht worden, daß eine Regelung allein der Reparationsoberabteilungen nicht ausreicht, um die notwendige Entlastung auf dem Devisenmarkt zu bringen; es müßte vielmehr auch für die sonstigen Zahlungen aus dem Friedensvertrag, wie z. B. die Verpflichtungen aus dem Clearingverfahren, eine andere Regelung getroffen werden. Die für diese sonstigen Zahlungen die Reparationsoberabteilungen nicht zuständig ist, wird im Anschluß an die Reparationsnote eine ergänzende Note an die beteiligten Regierungen gerichtet werden.

Provisorische Antwort der Entente.

Die Reparationskommission wird aller Voraussicht nach die Ablehnung einer provisorischen Antwort beschließen. Der französische Vorsitzende der Kommissi-

on, Dubois, ist damit betraut worden, den Text einer provisorischen Antwort aufzusetzen. Es soll darin mitgeteilt werden, daß der endgültige Bescheid vor dem 15. August erfolgen werde.

## Der zunehmende Kohlemangel.

Eine Folge des Ausfalls von Oberparlament. Anfolge der Abtrennung polnischer Oberparlamenten und des gemäßigten Förderdanges an der Ruhr hat sich die inländische Steinkohlenenergiebedarf vermindert, daß allen Verändern in der Industrie, im Gewerbe und im Hausbrand im eigenen Interesse dringend geraten werden muß, sich soviel wie möglich mit ausländischer Kohle einzudecken, soweit nicht durch andere einheimische Brennstoffe, insbesondere die reichlich zur Verfügung stehende Holzbraunkohle oder durch Torf Ersatz geschaffen werden kann. Im Hinblick auf diese Notlage bleibt die eingeführte ausländische Kohle bis 31. März 1923 von der Kohlensteuer befreit.

Der Reichsstaatsminister wird notgedrungen künftig solche Gebiete, die günstig für Einfuhr ausländischer Kohle liegen, geringer mit inländischer Kohle beliefern lassen müssen.

Erziehung im Ruhrgebiet.

Die Verhandlungen über die Streitfragen im Mandatlauf des Ruhrkohlenbezuges unter Leitung des Reichsstaatsministeriums haben zu einer 10. Verhandlung geführt. Die getroffenen Vereinbarungen bedürfen noch der endgültigen Zustimmung der beiderseitigen Verbände, die bis Sonnabend zu erwarten ist.

## Deutsches Reich.

den 14. Juli 1922.

Ein kommunistisches Ultimatum in Sachsen. Die kommunistische Landesorganisation in Sachsen hat in Verbindung mit dem Landesvorstand der Partei an die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen eine Art Ultimatum gerichtet. Die Kommunisten fordern Bildung und Anerkennung der Kontrollausschüsse, Auflösung des Landtages und Reichstages, sofortige Berufung eines Reichsstaatsministeriums für Sachsen, Beschleunigung der Waffen der Arbeiterbewegung, Verbindung von Kommunisten in Staatsstellen, sofortige Erklärung der kommunistischen Immunitätsträge u. a. mehr. In 24 Stunden sollten die sozialistischen Parteien eine bindende Erklärung abgeben. Obwohl eine solche Erklärung nicht erfolgt war, stimmten die Kommunisten im Landtag sowohl dem Zusatz, wie dem Polizeistatut zu.

Gegen die Handhabung der Pressezensur in Thüringen hat der Verein Deutscher Zeitungsverleger des Reiches Mitteldeutschland und der Reichsverband der Deutschen Presse, Landesverband Sachsen, Thüringen und Anhalt einen Protest an die Thüringische Staatsregierung gerichtet. Die genannten Verbände werden sich ferner energisch gegen den Verstoß der Thüringischen Staatsregierung einer gewalttätigen Einschneidung an die Schreibweise bürgerlicher Blätter, wie das in Ostpreußen versucht wurde, und fordern Schutzmaßnahmen vor Gewalttätigkeiten, wie sie in Suhl und Kahlja vorgenommen sind, vor Redakteure und Herausgeber an Leib und Leben bedroht und Eigentum von Zeitungsunternehmungen beschlagnahmt wurden.

Wahlhafter Reichswehrkommissar nach Berlin. Der deutsche Reichswehrkommissar in Washington, Dr. Weidolf, der mit dem Dampfer „Melanie“ nach Deutschland reist, sagte, er verleihe Amerika denselben Obgleichheiten halber und werde im September nach Amerika zurückkehren. Die Berufung Weidolfs nach Berlin steht mit der Frage der Heinebesetzung des Auswärtigen Amtes in Zusammenhang.

Die Besätze der Entente-Offiziere in der Reparationskommission. Für die Monate Juni und Juli hat die Finanzkommission der Reparationskommission die Besätze der Mitglieder der Internationalen Kontrollkommission neu geregelt. Es erhalten: die Vorsitzende General monatlich 102 900 Mark; der Vorsitzende General monatlich 25 250 Mark; der Vorsitzende General monatlich 53 025 Mark; Major in Stellung als Abteilungsleiter 54 625 Mark; Major 37 875 Mark; sonstige Major 40 175 Mark; Major 34 100 Mark; Hauptleutnant, Leutnant und Unterleutnant 46 425 Mark; Hauptleutnant 102 900 Mark; Major 17 500 Mark; Gemeine 15 300 Mark; ferner 10 600 Mark. Die Besätze treten nach die Lösung hinzu, so daß beispielsweise der Gesamtbesatz eines Kommandierenden Generals soviel beträgt, wie die Gesamtbesätze aller deutschen Reichsminister zusammen.

Verpflichtung Vollmachtgeber für den Ententebesetzten in Wiesbaden. Die Internationalen Reparationskommission hat nach Mitteilung des Reichsstaatsministeriums für die besetzten rheinischen Gebiete mit Wirkung vom